

## < Offshore ist >

-Freiheit, Privatsphäre, Vermögensschutz, Schutz vor staatlicher Willkür-



### In den Zeiten des epochalen Umbruchs von

-**Automatischer Informationsaustausch** - Fatca – Kontenabruf- Schnüffelstaat –  
**Meldepflichten** von Versicherungen, Banken, Makler, Autohändler, Juweliere – NSA – EU –  
 Eurokraten - Supranationale Organisationen – Bessermenschentum – **Flüchtlingskrisen** –  
 verschleierte Staatsbankrotte – **Geldruckorgien von EZB, FED, BOJ, BOE** etc. - drohende  
 Bargeldabschaffung – 0 Zins Politik **Vermögensbeschränkungen** – Rechtsunsicherheiten –  
 Transparenzprediger – Sozialneid – Regulierer – Minuszinsen – Vermögensblasen – Marode Banken  
 - **Meinungsdiktatur** – Eurorettung – **Währungskrisen** – Staatsschuldenkrisen – **Kriminalität** –  
 Meinungsdiktatur-

### Ist Offshore die einzige Lösung !

*Offshore heißt soviel wie 'weg von der Küste'*

*also außerhalb des Landes, auf hoher See, außerhalb des Hoheitsgebietes.*

Zitat Johann Wolfgang von Goethe: Wer sich den Gesetzen nicht fügen lernt, muss die Gegend verlassen, wo sie gelten.



## Warum Offshore ?

Diese Frage beantwortet die amerikanische Philosophin Ayn Rand verstorben 1982 am besten und sollte allen die sich an die subtilen Argumente der Politiker und Medien gewöhnt haben zu denken geben !



*"Wenn du merkst, dass ein Handel nicht durch Zustimmung,*

*sondern durch Zwang zustande kommt ...*

*wenn du erkennen musst, dass du, um zu produzieren, eine Erlaubnis von Menschen bekommen musst, die nichts produzieren ...*

*wenn Du siehst, dass Geld zu denen fließt, die nicht mit Waren handeln, sondern diese nur für sich ausnutzen ...*

*wenn du feststellst, dass manche Menschen durch Gaunereien und bezogene Vergünstigungen viel reicher werden als durch ehrliche Arbeit und deine Gesetze dich nicht vor ihren Machenschaften schützen, die Gesetze sie aber vor dir schützen ...*

*wenn du siehst, dass Korruption belohnt wird und Ehrlichkeit*

*nur zu Selbstaufopferung führt ...*

*... dann merkst du vielleicht, dass deine Gesellschaft zum Scheitern verurteilt ist."*



## Zitat: Otto von Bismarck

„Es gibt kaum ein Wort heutzutage, mit dem mehr Missbrauch getrieben wird als mit dem Worte „frei“. Ich traue dem Worte nicht, weil keiner die Freiheit für alle will; jeder will sie für sich...“

**-Richtig, Wir wollen Sie für Uns und wir nehmen sie uns ! -**



## Vorwort

Deutschland befindet sich, wie ganz Europa, in einer Krise der Freiheit. Ihre Erosion ist auch die Erosion der Wirtschaft. Auf allen Feldern der Wirtschafts- und Geldpolitik herrscht Plangläubigkeit. Staatsform Demokratie, ist in der eine Mehrheit sich geschickt auf Kosten einer Minderheit bedient so Hans-Hermann Hoppe einer der streitbarsten libertären Intellektuellen. Eine Mehrheit entscheidet darüber, was mir und was dir gehört und was ich und du tun dürfen oder nicht. Das hat mit Privateigentum nichts zu tun, sehr viel aber mit der Relativierung von Eigentum, also mit Gemeineigentum.

Definition Gemeineigentum Wörterbuch: Etwas, was nicht nur einem, sondern einer ganzen Gemeinschaft gehört und zur Bearbeitung oder Nutzung zur Verfügung steht.

Sobald die EU das geplante Vermögensregister für jeden Unionsbürger realisiert hat, können bestimmte politisch bevorzugte Vermögenswerte der ganzen Gemeinschaft zur Nutzung bereit gestellt werden. Die Argumentation der EU ist wie üblich: Bekämpfung Terrorfinanzierung sowie Geldwäsche.

Auch sind bereits demokratisch legitimierten Enteignungsgesetze in Kraft die wir nachfolgend auch thematisieren werden.

## Wirtschaftliche Freiheit und Rechtssicherheit sind in Europa stark rückläufig !

Ende des Jahres 2014 wurde zuletzt die Studie „Economic Freedom of the World“ veröffentlicht. Der Freiheits-Index setzt sich zusammen aus der individuellen Handlungsfreiheit in einem Land, den freiwilligen Austauschbeziehungen, dem freien Wettbewerb und der Sicherheit privater Eigentumsrechte. Es klingt fast unglaublich, aber Deutschland liegt derzeit in diesem Ranking der wirtschaftlichen Freiheit auf Rang 28, Österreich Rang 31, Frankreich Rang 58. Die Erosion der wirtschaftlichen Freiheit in den sehr wichtigen Bereichen des Rechts- und Eigentumsschutzes ist zu beobachten.

Freiheitsindex 2020 – Deutschland Rang 27

 Singapur	1	89,4	— 0	 Taiwan	11	77,1	▼ -0,2
 Hongkong	2	89,1	▼ -1,1	 Georgien	12	77,1	▲ 1,2
 Neuseeland	3	84,1	▼ -0,3	 Island	13	77,1	— 0
 Australien	4	82,6	▲ 1,7	 Niederlande	14	77	▲ 0,2
 Schweiz	5	82	▲ 0,1	 Chile	15	76,8	▲ 1,4
 Irland	6	80,9	▲ 0,4	 Litauen	16	76,7	▲ 2,5
 Vereinigtes Königreich	7	79,3	▲ 0,4	 Vereinigte Staaten	17	76,6	▼ -0,2
 Dänemark	8	78,3	▲ 1,6	 Vereinigte Arabische Emirate	18	76,2	▼ -1,4
 Kanada	9	78,2	▲ 0,5	 Luxemburg	19	75,8	▼ -0,1
 Estland	10	77,7	▲ 1,1	 Finnland	20	75,7	▲ 0,8



## Bargeldreduktion

1d: August 2021, Auflistung nach Ländern alphabetisch sortiert. Angaben ohne Gewähr.

Land	Gesetzliche Obergrenze für Barzahlungen <sup>1</sup>
<b>Belgien</b>	Gesetzliche Obergrenze bei 3000 Euro; grundsätzliches Verbot von Barzahlungen bei Immobilienkäufen.
<b>Bulgarien</b>	Gesetzliche Obergrenze bei 9.999 Bulgarischen Lew (ca. 5.100 Eur)
<b>Dänemark</b>	Keine gesetzliche Obergrenze bei Waren.
<b>Estland</b>	Ablehnung von Bargeld ab 50 Geldstücken oder Geldscheinen zulässig. Gilt allerdings nicht für Banken.
<b>Finnland</b>	Keine gesetzliche Obergrenze; keine Verpflichtung zur Annahme von Bargeld für Händler.
<b>Frankreich</b>	Gesetzliche Obergrenze 1.000 Euro für Franzosen, 10.000 Euro für Ausländer. Zahlungen von privat an privat sind ausgenommen, hier muss aber ab 1.500 EUR eine Rechnung ausgestellt werden zum Nachweis
<b>Griechenland</b>	Gesetzliche Obergrenze bei 500 Euro; Käufe von Fahrzeugen sind ausgenommen.
<b>Irland</b>	Keine gesetzliche Obergrenze
<b>Island</b>	Keine gesetzliche Obergrenze
<b>Italien</b>	Gesetzliche Obergrenze bei 2.999 Euro.
<b>Kroatien</b>	Gesetzliche Obergrenze bei 15.000 Euro.
<b>Lettland</b>	Keine gesetzliche Höchstgrenze für Barzahlung
<b>Litauen</b>	Keine Höchstgrenze für Barzahlung
<b>Luxemburg</b>	Keine Höchstgrenze für Barzahlung
<b>Malta</b>	Keine Höchstgrenze für Barzahlung
<b>Niederlande</b>	Keine Höchstgrenze für Privatpersonen; Verpflichtung zur Meldung "verdächtiger Zahlungen" ab 2000 Euro für Banken, Casinos, Versicherer etc.
<b>Norwegen</b>	Keine Obergrenze für Waren. Bei Dienstleistungen ab 10.000 Norwegischen Kronen teilweise Einschränkungen
<b>Österreich</b>	Keine Höchstgrenze für allgemeine Bargeldzahlungen. Für anonymen Goldkauf gilt die Obergrenze von 9.999,- EUR
<b>Polen</b>	15.000 PLN (ca. 3300 Euro) bei Zahlungen zwischen Gewerbetreibenden
<b>Portugal</b>	Gesetzliche Obergrenze bei 1.000 Euro; Zahlungen von privat an privat sind ausgenommen
<b>Rumänien</b>	Gesetzliche Obergrenze bei 10.000 Rumänischen Leu (RON) pro Tag und Person.
<b>Schweden</b>	Keine gesetzliche Obergrenze; vertragliche Ablehnungen von Bargeld als Zahlungsmittel zulässig.
<b>Schweiz</b>	Keine gesetzliche Grenzen. Ab 100.000 CHF Barzahlung sind Händler aber verpflichtet, die Identität des Käufers festzustellen. Bei Edelmetallkauf ab 15.000 CHF
<b>Slowakei</b>	5.000 Euro im Handel; 15.000 bei Privatpersonen
<b>Slowenien</b>	Keine gesetzliche Obergrenze
<b>Spanien</b>	2.500 Euro für Spanier, 15.000 Euro für Ausländer.
<b>Tschechien</b>	350.000 Tschechische Kronen (ca. 13.000 EUR)
<b>Ungarn</b>	Keine gesetzliche Obergrenze für Verbraucher; Limit bei 1,5 Millionen Ungarischen Forint (ca. 5000 Euro) für mehrwertsteuerpflichtige Einzelpersonen, Unternehmerverbände und juristische Personen.
<b>Vereinigtes Königreich</b>	Keine gesetzliche Obergrenze. Händler, die Barzahlungen über €15.000 Euro annehmen, müssen sich dafür registrieren lassen.
<b>Zypern</b>	Keine Höchstgrenze für Barzahlungen

**Die EU-Geld-Richtlinie 2009/110/EG. Darin ist exakt festgezurret, wie der Geldverkehr künftig abzulaufen hat. Nämlich mittels ..... „elektronischer Geldbörse“: Bankkarten, Kreditkarten, auch Mobiltelefone dienen als Zahlungsmittel und Speichermedium für E-Geld.**



## Die mediale und politische Gängelei Andersdenkender !

Der Medientheoretiker Norbert Bolz spricht davon, dass seit Jahrzehnten die Linksinтеллектуellen den Diskurs bestimmen. So gibt es einen linksgeprägten Diskurs in den Massenmedien. Letztlich also das, was wir Political Correctness nennen. Das bleibt natürlich nicht ohne Folgen. Das Diktat des scheinbar Korrekten siegt aus diesem Grund zumeist. Alle anderen werden als Querulanten eingestuft oder gar beschimpft und gesellschaftlich geächtet. Somit soll Gerechtigkeit zur Gleichheit werden. Das gleichgeschaltete Kollektiv kann und vor allem - darf alles. Der alternative Individualist wird in die Hölle der Unmoral und damit ins Aus manövriert.

## Zeitbombe Lebensversicherung und GKV !

Dafür sorgen die gesetzlichen Auflagen, die alle deutschen Versicherungsgesellschaften erfüllen müssen. Denn sie sind verpflichtet, überwiegend in Anleihen zu investieren. Allen voran in Sie ahnen es: **Euro-Staatsanleihen!** Natürlich auch Zusatz-Versicherung wie zum Beispiel Riester oder Rürup ! Die EZB-Negativzinspolitik hat mittlerweile auch dazu geführt, dass zahlreiche Lebens- und Rentenversicherungen sowie Pensionskassen die damit verbundenen Herausforderungen nicht mehr bewältigen können. Rund 40% der deutschen Lebensversicherer erzielen keine ausreichenden Renditen mehr, um die Garantieverprechen an ihre Kunden zu decken. Selbst die Rücklagen der Krankenversicherungen, allen voran der gesetzlichen Krankenkassen basieren überwiegend auf Staatsanleihen. Der nächste Schuldenschnitt für Länder der Eurozone wird also die Alterssicherung schmälern. 2020 wurde ein Bericht des Bundesfinanzministeriums an den Finanzausschuss des Bundestages bekannt, der ebenso interessante wie prekäre Informationen beinhaltet. Von 84 Lebensversicherungsgesellschaften in Deutschland drohen 34 Unternehmen mittel- bis langfristig finanzielle Schwierigkeiten. Die betroffenen Versicherungsgesellschaften – die seitens der Ausschüsse bzw. Behörden nicht genannt werden - stehen auf Basis des Berichtes bereits unter intensiver Beobachtung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, der BaFin.

## Aktien sichere Sachwerte ?

„Dividenden sind die neuen Zinsen“ ist häufig zu lesen. Die Commerzbank hat in den letzten Jahren 10 Mal! Ihr Kapital erhöht durch die Ausgabe neuer Aktien. Zuletzt wurden im April 2015; 114 Millionen neue Aktien „gedruckt“. Das ist eine massive Entwertung der bestehenden Aktien. Wenn die Politik gravierende Änderungen und Eingriffe vornimmt wie der Atomausstieg wird auch eine RWE AG oder EON AG verschwinden indem die Aktien wertlos werden.

## Sichteinlagen = Giralgeld !

Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, ob Ihr Geld auf Ihrem Konto auch tatsächlich Geld ist? Denn das, was Sie auf Ihrem Kontoauszug sehen, ist kein vollwertiges Geld! - Sie glauben das nicht? In Wahrheit handelt es sich nur um einen Schuldschein Ihrer Bank. Lediglich eine Versprechung, Ihnen jederzeit Bargeld auszubehalten. Es stellt kein gesetzliches Zahlungsmittel dar. Fakt ist: Gesetzliches Zahlungsmittel ist nur das von den Notenbanken herausgegebene Geld - Ihre Bankeinlagen sind es definitiv nicht! Giralgeld, das nur auf Bankkonten besteht, zählt laut Bundesbank nicht zu den gesetzlichen Zahlungsmitteln.



## Der Staat greift direkt auf Konto und Depot zu!

Die Vorabpauschale ist eine Besteuerung auf einen nicht realisierten Gewinn. Die Vorabpauschale wurde vom Gesetzgeber eingeführt, damit thesaurierende Investmentfonds nicht mehr als Steuerstundungsmodell genutzt werden können. Die depotführende Stelle darf die Steuer Vorabpauschale direkt vom Girokonto oder einem anderen Einlagenkonto des Anlegers einziehen, auch ohne dessen Einwilligung. Darüber hinaus kann sie auch mit dem betroffenen Anleger vereinbarte Kontokorrentkredite für die Begleichung der Steuer nutzen. Es kann sogar passieren, dass innerhalb Ihres Wertpapierdepots einfach Investmentfondsanteile verkauft werden, falls Ihr Konto keine Deckung hat. - **Bei Fonds im Ausland greift die Vorabpauschale nicht** -

## Dreifachbesteuerung (Deutschland)

Unabhängig von den Personen, wird die mit 25% scheinbar so günstige Abgeltungsteuer sehr schnell ins Blickfeld der neuen Finanzpolitik rücken. Sie werden dann das Argument der Politiker hören, dass hier eine Ungleichbehandlung vorliegt, weil Arbeitseinkommen mit bis zu 45 Prozent (42% Spitzensteuersatz + 3% Reichensteuer) belastet werden. Der angeblichen Bevorteilung der Kapitalanleger sollte somit durch den Erlass neuer Steuergesetze Einhalt geboten werden. Leider werden allerdings in dieser Argumentation der Politiker meist Äpfel mit Birnen verglichen.

Bei Dividendenauszahlungen wurde der an die Kapitalanleger ausgeschüttete Gewinn bereits mit Gewerbe- und Körperschaftsteuer besteuert. Anschließend erfolgt eine nochmalige Besteuerung durch den Aktionär, bzw. Inhaber eines Investmentfonds oder ETFs. Die effektive Steuerlast liegt für einen Kapitalanleger daher heute bereits bei rund 48%! Darüber hinaus hat ein Privatanleger sein investiertes Geld mit seinem Einkommen erworben, welches nach Lohnsteuer und Sozialabgaben übriggeblieben ist.

Somit haben wir keine Bevorzugung von privaten Kapitalanlegern, sondern am **Ende der Steuerkette eine Dreifachbelastung!** Dem persönlichen Steuer-Schutz kommt eine massiv steigende Bedeutung zu. Die Coronavirus-Pandemie führt dazu, dass die Staatsschulden weiter explodieren. Das gilt gerade auch für zahlreiche Länder der Europäischen Union. Am Ende des Tages werden Bürger und Steuerzahler der starken Gemeinschaftsländer wie Deutschland die finanziellen Folgen der Coronavirus-Krise bezahlen müssen.

## Persönliche Freiheiten

Die findet man nicht mehr nur in fernen kleinen Inselstaaten mit liberale Gesetzgebung sondern auch vor der Haustür. Auf der einen Seite ist die Digitalisierung pure Überwachung, jedoch auch neue Freiheiten die es zu nutzen gilt. Mit der Digitalisierung entstehen auch neue Geschäftsmodelle und Unternehmensformen. Die einen Staaten befördern diese Entwicklung, andere Staaten behindern diese Entwicklung.

Mittlerweile ist abzusehen das durch die neuen Geschäftsmodelle, Produkte, Dienstleistungen, Unternehmensformen mehr Privatsphäre und im Bereich Fintech wieder ein bescheidenes Bankgeheimnis entstanden ist.





## Digitalcompany (AG) based Seychellen

Mit der Digitalcompany haben wir die offshore IBC neu erfunden und in das digitale Zeitalter transformiert. Die Seychellen sind Mitglied im „Commonwealth of Nations“ was durch den Brexit aufgewertet wurde und auch eine glänzende Zukunft für die 54 Mitgliedsstaaten unter Führung von Großbritannien erwarten lässt. Nebenbei ist es auch das preisgünstigste verfügbare Offshore-Domizil mit einer auf Privatsphäre bedachten Gesetzgebung . Empfehlenswert ist ein Zahlungsvermittler , der auch im Torbrowser arbeitet. Das besondere ist ein integriertes Pos Terminal sowie die „\$PayByName“ Funktion. Geldbörse mit automatischer Weiterleitung an das private Wallet für ca. 2.000 Kryptowährungen.

## Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit

Für diese Form einer EU Unternehmung bestehen keine Pflichten zur Registrierung und Einträgen in Transparenzregister für Shareholder, Direktoren, wirtschaftlich Berechtigte. Andere Rechtsformen, Organisationen sind dazu verpflichtet (EU Recht). Mit weltweiten Digitaladressen für einen jährlichen 3 stelligen Eurobetrag zur Postannahme und Rechnungslegung bzw. Erfüllungsort, Gerichtsstand entsteht ein internationales Unternehmen. Mehr dazu in unserer Broschüre „Privates Geldsystem“. Das Problem mit Nachweispflichten zu Inhaberaktien, Shareanteilen einer Ltd. Oder IBC des wirtschaftlich Berechtigten ist somit kein Problem mehr. – **Keine Folgekosten** -

## Homebase Paraguay

Paraguay kann zu einem goldenen Ruhekitzen werden. Bis Dato bekommen Neuankömmlinge noch einfach und schnell eine Daueraufenthaltsgenehmigung mit Anrecht auf einen Landespaß nach 3 Jahren. Ein offizieller Wohn- und Steuersitz in Paraguay ist auch für sogenannte „Perpetual Traveller“ oder Digitale Nomaden sehr interessant. Diese benötigen mittlerweile aufgrund sich verschärfender Gesetze dennoch einen festen Wohnsitz, auch wenn sie sich dort kaum aufhalten. 90 % der Bevölkerung Paraguays sind indigener Abstammung. Paraguay ist einer von etwa 15 Staaten die nicht am von der OECD initiierten Common Reporting Standard ( CRS ) im Volksmund auch „AUTOMATISCHE INFORMATIONSAUSTAUSCH“ genannt teilnehmen. **Auslandseinkünfte sind Steuerfrei, Inländische Zinserträge sind auch Steuerfrei.**

## Aktiengesellschaft auf Tokenbasis

Die AG aus der Blockchain, auf Tokenbasis. Die Token sind die Inhaberaktien der Gegenwart. Die Registrierung der Token sind nicht an Namen gebunden.

## Vermögensschutz und Sicherung außerhalb des EU Bankensektors !

**Frage: Vermögen sichtbar für die Politik oder doch nichts sichtbares für die Politik ?**

Sichteinlagen, Bankschuldverschreibungen, Banksparrverträge, Bankanleihen sind rechtlich nur Forderungen gegen die Bank und müssen bei einer Bankpleite beim Konkursverwalter zur Forderungstabelle angemeldet werden. Bei einer staatlichen Notlage können auch die Banken



geschlossen und wie in Griechenland, Zypern etc. Kapitalverkehrskontrollen verfügt werden. Somit ist kein Zugriff mehr auf die eigenen Vermögenswerte möglich.

Der IWF hat im Frühjahr 2017 eine Empfehlung an Regierungen herausgegeben mit dem Titel „The Macroeconomics of De-Cashing“. Darin werden die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer Bargeldabschaffung auf Unternehmen und Privathaushalte beschrieben. Es wird zur Abschaffung des Bargeldes geraten, allerdings nur schrittweise, um die Bevölkerung nicht zu verunsichern. Rein auf physische Goldmünzen oder Goldbarren im Eigenbesitz zu setzen ist für uns keine intelligente und zukunftsfähige Strategie. Wenn nur noch kleine Transaktionen mit Bargeld getätigt werden dürfen, bekommt das Gold nicht mehr in den Umlauf.

### Fonds Fürstentum Liechtenstein

Die 9 Fonds die zur Auswahl stehen bieten Sachwert Sicherheit in Form von z.B. Edelmetallen welche im Zollfreilager im Fürstentum Liechtenstein eingelagert werden bis Biogasanlagen die regelmäßige Erträge erwirtschaften. Je nach persönlichen Vorlieben bzw. Anlageziele. Das wichtigste Kriterium der Fonds der Alpenfestung Liechtenstein ist jedoch Bankenunabhängig und als **Direktzeichnung ohne Bankdepot möglich**. Die freie Verfügung über seine Vermögenswerte ist somit jederzeit gewährleistet.

Fonds sind Sondervermögen nach liechtensteinischem Recht. Dadurch ist das Sondervermögen vor dem Zugriff der involvierten Gesellschaften selbst oder ihrer Gläubiger (auch im Insolvenzfall) geschützt. Der Wert des Sondervermögens entspricht immer der Summe der mit dem aktuellen Rücknahmepreis bewerteten Fondsanteile.

### Vermögenssicherung per Mausclick

#### Neobanken und Private Banking

Unter diesen Rubriken sind verschiedene Neobanken mit unterschiedlicher Ausrichtung sowie Währungskonten wie Zinsanlagen in Euro aber auch NOK direkt in Norwegen. Social Trading sowie Managed Accounts im Fürstentum Liechtenstein. Die Performance liegt derzeit über der Benchmark.

#### Edelmetallholding

kann über unsere Seite selbst erstellt werden und ist für die Vermögenssicherung in Gold und Silber ideal, da die **Lagerung versichert und Konkursgeschützt** in Drittstaaten mit einem hohen Eigentumsschutz erfolgt. Die Barren werden in einem professionellen Tresor Ihrer Wahl in Zürich, London, New York, Singapur oder Toronto gelagert. Es ist sehr schwierig für eine Regierung, im Ausland gelagertes Gold zu beschlagnahmen. Dagegen ist es sehr einfach, Eigentum zu beschlagnahmen, dass sich physisch innerhalb der nationalen Rechtsprechung befindet. **Burkhard Balz, Vorstand der Bundesbank, sagte es am 20. Oktober 21 unumwunden: Der digitale Euro wird kommen. Und mit ihm Restriktionen, die ihm die Vormachtstellung als alleiniges Zahlungsmittel sichern sollen.**



Aus Staatssicht ein äußerst kluger Schachzug: Die gesamte Währung stünde dann unter staatlicher Kontrolle. Es bräuchte nur noch einen Klick, um Konten einzufrieren, Vermögenssteuern durchzusetzen oder Zahlungsströme zu reglementieren. Und damit diesen Plänen auch sicher keine Alternativ-Währung im Wege steht, wird eines unerlässlich sein: Restriktionen für Gold. Gold und Silber kauft oder verkauft man direkt ab Tresorstandort seiner Wahl.

## Enteignungsgesetze

Nun sparen über 80 % der Verbraucher in konventionelle Bank- oder Versicherungsprodukte, die nun auch nachweislich keine oder nur geringste Renditen erwirtschaften. Wir erlauben uns auf diese Mainstreamprodukte auch in die Tiefe näher einzugehen

### Das SAG-Gesetz

Nahezu kaum jemand in der Finanzbranche und als Verbraucher hat jemals von diesem einschneidenden Gesetz aus Dezember 2014 gehört oder gelesen. Das SAG besagt, dass eine neue „Bankenrettungsinstitution“ anordnen kann, sofern eine systemrelevante Bank eine Insolvenz droht, die Bank nun Kundengelder einziehen oder in Aktien der Bank zu einem von ihr festgelegten Nennwert umwandeln darf und zwar kraft dieses Gesetzes! Interessanterweise wurde in § 5 SAG festgehalten, dass alle Funktionsträger über das nach dem SAG ablaufende Verfahren Stillschweigen zu wahren haben. Wer ist seit 2014 betroffen? Alle Privatkunden und Firmenkunden, die Einlagen ab 100.000 € bei einer systemrelevanten Bank führen. Die Einlagen können sich aus verschiedenen Bereichen zusammensetzen. Die Summe aller Positionen ergeben die exakte Einlage, welche, wenn diese 100.000 € überschreitet, nun unter das SAG fallen. Das sind das Sparbuch, Festgeld, Tagesgeld, Giro Guthaben, Sparverträge, Namensschuldverschreibungen und auch die Liquidität aus Wertpapier depots. Das SAG Gesetz erlaubt es nunmehr alle Konten und Sparvarianten bei insolvenzbedrohten Banken zu „konfiszieren“, auch wenn sogar die Durchschnittshöhe im Jahr oberhalb von 100.000 € lagen oder diese Gesamtsumme eines Familienstammes (bitte vergegenwärtigen!) bei einer gemeinsame Bank die genannte Summe überschreitet. Der Sparer oder vielmehr der Bürger bürgt wieder einmal mit großen Teilen (oder der Gesamtheit) seines Vermögens.

### Collective Action Clause

Die kollektive Handlungsklausel besagt, dass es den Euroländern künftig erlaubt ist, Schuldenschnitte schneller und einfacher durchzuführen. Davon könnten auch Millionen deutsche Sparer betroffen sein. Es ist quasi ein Angriff auf die Ersparnisse der Bürger, nach geplantem Schuldenschnitt und rücksichtsloser Enteignung. Alle neuen Staatsanleihen der Eurozone enthalten seit 2013 eine solche Klausel. Das klingt für Laien paradox und viele dürften glauben, davon nicht betroffen zu sein - wer besitzt schon direkt Staatsanleihen. Es kann aber praktisch tatsächlich jeden treffen. In jeder Lebensversicherung und in jedem privaten Rentensparvertrag sind solche Papiere enthalten. Und mit der Klausel können die Staaten zukünftig die Rückzahlung von Schulden verweigern, selbst wenn der einzelne Sparer dem nicht zustimmt. Damit kann es wiederum doch jeden Sparer in Deutschland treffen.



## § 314 VAG (vormals § 89)

Der Gesetzgeber weiß systemrelevante Institutionen zu schützen, sicherlich ist es auch die Aufgabe so etwas zu tun. Nur wenn die eigene private oder betriebliche Altersversorgung daran hängt, sollte man mehrfach überlegen, solche Verträge fortzuführen. Was besagt dieser Paragraf?

Er besagt, wenn Versicherungsunternehmen „echte Finanznot“ erleiden, Leistungen komplett verweigert, herabgesenkt werden und auch vorzeitige Auszahlungen bei Kündigungen verweigert werden dürfen. Dazu besteht aber die Verpflichtung der Weiterzahlung durch den Versicherungsnehmer! Somit hängt ein Kunde so einer Versicherungsgesellschaft komplett am Tropf des Versicherers und des Gesetzgebers.

## § 98 KAGB

Dieser Paragraf aus dem Kapitalanlagegesetzbuch ist wenigen Menschen bekannt. Er besagt, dass Kapitalverwaltungsgesellschaften die Rücknahmen von Fondsanteilen verweigern beziehungsweise aussetzen darf, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen. Natürlich muss so etwas öffentlich bekannt gegeben werden usw., aber es handelt sich hierbei ganz klar um den „Notausgang“ für Beteiligungsunternehmen (AIF-Fonds) und von Investmentfondsgesellschaften, wenn diese Not leiden oder sich dramatisch verspekuliert haben, auf Kosten der Anleger und Kunden.

EDIS: Ist eine weitere EU-Maßnahme, die verhindern soll, dass Bankkunden in Krisensituationen in großer Zahl ihre Guthaben abheben. Die Europäische Kommission versucht nach unserer Überzeugung mittels EDIS, die angeschlagenen Banksysteme der Südländer zu stützen, zu Lasten der noch soliden Banken. EDIS ist eine EU-Staatsversicherung, gezogen auf die Bankkonten der Bürger! Aber es wird noch schlimmer. Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken ESRB (European Systemic Risk Board) hat vor kurzem vorgeschlagen, dass bei ETFs und Investmentfonds die Kurse in „Notsituationen“ ausgesetzt werden können. Eine Vorstufe für mehr?

## Belastungen für Immobilieneigentümer voraus!

Seit dem 01.01.2015 gibt es ein neues EU-Immobilienmeldegesetz das alle EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, Daten von Immobilien und ihren Eigentümern automatisch untereinander auszutauschen. Das Gesetz mit dem Namen EUAHiG ist bereits seit dem 01.01.2015 in Kraft. Die relevanten Informationen - wie beispielsweise Eigentum an unbeweglichem Vermögen und Einkünfte daraus (§ 7 Abs. 1 Nr. 5 EUAHiG) - werden ohne vorheriges Ersuchen automatisch übermittelt. Betroffen sind natürliche wie juristische Personen.

## Staatsgläubigkeit

Die EU-Kommission und viele Regierungen der Mitgliedstaaten orientieren sich nicht an Marktwirtschaft, Wettbewerb und liberalen Rechtsstaat, sondern an Planwirtschaft und Zentralismus. Aus dem britischen Votum für einen EU-Austritt wird nicht die Forderung „Zurück zu den römischen Verträgen“ und mehr Dezentralität und weniger Planwirtschaft und Zentralismus in der EU abgeleitet, um weitere Austritte aus der EU zu verhindern, sondern das glatte Gegenteil:



Unter der Überschrift „Vollendung der Währungsunion“ soll ein weiterer Zentralisierungsschub die EU retten. Bis 2025 sollen alle EU-Länder den Euro einführen. Ein eigenständiges EU-Budget soll eingeführt und ein EU-Finanzminister installiert werden. Das alles wird die EU nicht retten, sondern zum Explodieren bringen.

**Es gibt keine Freiheit der Menschen, wenn die Gesellschaft unfrei, zentralistisch, machtmäßig organisiert ist.**

